

Artikel:

„Wo sind die Scharnhorsts und Gneisenaus der Bundeswehr?“

Vor mehr als 200 Jahren erschufen mutige Reformer das effiziente und schlagkräftige preußische Heer des 19. Jh.. Ähnlich entschlossene Reformen benötigt die Bundeswehr heute. Doch es mangelt es an Mut und Willen.

Dieser Artikel wurde eingereicht von

Julius M. Braun

Als der Inspekteur des Heeres Alfons Mais am 24. Februar 2022 – dem ersten Tag des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine – medienwirksam verlauten ließ, dass das deutsche Heer „mehr oder weniger blank“ dastünde, rief dies in Expertenkreisen wenig Verwunderung hervor. Die wissentliche, jahrzehntelange Vernachlässigung der Bundeswehr stellte zu keinem Zeitpunkt ein Geheimnis dar und war bereits seit längerem vehementer Kritik ausgesetzt gewesen – ohne dass dies in Berlin auf viel Gehör gestoßen wäre. Denn wer braucht im 21. Jh. schon einsatzbereite Streitkräfte? Und ist der Gedanke an den Gebrauch militärischer Gewalt nicht sowieso eher unbequem?

Die prekäre Situation des deutschen Militärs im Jahr 2022 dürfte den einen oder anderen vielleicht an den Zustand der altpreußischen Armee im Jahr 1806 erinnern, dem Jahr, in dem der ruhmeverwöhnte preußische Staat in der Niederlage von Jena und Auerstedt erkennen musste, dass radikale Reformen notwendig waren, um seine obsoleten Strukturen aufzubrechen und an die Anforderungen der „neuen Zeit“ anzupassen. Im zivilen Bereich erschufen damals die Reformer Stein und Hardenberg einen schlanken und effizienten Verwaltungsapparat (von dem insbesondere die deutsche Hauptstadt heutzutage nur träumen kann) und hinsichtlich der Streitkräfte legten u. a. die Reformer Scharnhorst und Gneisenau den Grundstein für jenes Heer, welches später Napoleon bei Waterloo und 55 Jahre danach dessen Neffen bei Sedan schlagen sollte.

Was soll uns das alles nun über die Lage der Bundeswehr im 21. Jh. sagen? Zwar wiederholt sich Geschichte nicht, doch – um an dieser Stelle einmal Mark Twain zu bemühen – reimt sie sich gelegentlich gerne. Auf eine ganz ähnliche Weise wie der träge und überbürokratisierte deutsche Verwaltungsapparat sich seit Jahren nach neuen Steins und Hardenbergs sehnt, so

benötigt die Bundeswehr in ihrer aktuellen Situation Reformer vom Schlag eines Scharnhorsts oder Gneisenaus, welche die festgefahrenen Strukturen einer geduldeten Ineffizienz aufbrechen und den realpolitischen Anforderungen der Gegenwart anpassen. Doch welche konkreten militärisch-politischen Reformen sind nun notwendig, um die „harte Notlandung“ welche die deutsche Sicherheitspolitik an jenem 24. Februar 2022 durch den russischen Umsturz der europäischen Friedensordnung erfuhr, nicht in einem irreversiblen Absturz münden zu lassen, so wie sie die altpreußische Armee vor mehr als 200 Jahren erlebte?

Neben dem wohlbekanntem Mangel an Personal und Ausrüstung steht der Bundeswehr und ihrem, dem Militär auf natürliche Weise innewohnenden, Bedürfnis nach Schnelligkeit und Effizienz, eine überdehnte Kommandostruktur und deren vom Frieden her gedachten Vorschriften und Arbeitsweisen im Wege. Stabsgänge, die darauf abzielen Verantwortung auf möglichst viele Schultern zu diffundieren sowie das Hineinwirken der Inspektoren der Teilstreitkräfte in andere Organisationsbereiche, sorgen für Verlangsamung und gegenseitige Blockade bis hin zu Stillstand im System. Nicht zuletzt die Ineffektivität des Beschaffungs- und Personalwesens in Verbindung mit den zugehörigen Behörden BAaIN und BAPersBw, die kalkulierte Befugnisarmut des Generalinspektors gegenüber der Staatssekretärsbene und seinen Inspektoren sowie überproportionierte Stabsstrukturen stehen einer unterversorgten Kampftruppe gegenüber und sind Zeugen einer politischen Agenda, welche die Bundeswehr eher aus einer innen- anstatt verteidigungspolitischen Perspektive verstehen wollte. Zudem sollte die Bundeswehr eine Überarbeitung ihres Beurteilungs- und Beförderungssystems zugunsten eines stärker meritokratisch orientierten Ansatzes andenken. Zurzeit belohnt die Bundeswehr oft Stillhalten und Abnicken, was Kreativität und Innovationsprozesse in der Truppe und den Stäben hemmt und diejenigen fördert, welche sich für ein stetes und möglichst geräuschloses „weiter so“ aussprechen. Einen zweiten Gneisenau wird man so nur schwer hervorbringen. Die notwendigen Maßnahmen zur institutionellen Stärkung des Militärs, namentlich die Stärkung des Generalinspektors, die klare Benennung und Übernahme von Verantwortung – insbesondere auf mittlerer Funktionsebene – und die Entbürokratisierung und Optimierung von internen Strukturen und Prozessen, sind weitestgehend bekannt. Sie müssen – nun da die Politik scheinbar die Notwendigkeit einsatzbereiter Streitkräfte anerkennt – entschlossen angegangen werden um die Bundeswehr zur Landes- und Bündnisverteidigung (LV/BV) zu befähigen.

Neben der Schaffung der oben genannten essentiellen Grundvoraussetzungen ist vor allem eine Anpassung der Bundeswehr an die neue sicherheitspolitische Realität in Europa von Nöten – vorausgesetzt man meint es tatsächlich ernst mit der Zeitenwende. Deutschlands Verbündete

an der NATO-Ostflanke haben diese Notwendigkeit seit gut einem Jahrzehnt erkannt und entsprechende Maßnahmen getroffen. Die baltischen Staaten haben das Konzept der „Total Defence“ in ihrer nationalen Verteidigungsstrategie festgelegt. Dieses erkennt unter anderem die Miteinbeziehung irregulärer Kampfverbände in das gesamtstaatliche Verteidigungskonzept zur Unterstützung konventioneller Streitkräfte an. Länder wie Polen und die Ukraine können sich zudem auf eine starke territoriale Reserve verlassen, die ihren regulären Streitkräften im Ernstfall den Rücken freihält. Der Verlauf des Krieges in der Ukraine bestätigt die Effizienz dieser territorialen Verteidigungsorganisationen und auch die Bundeswehr sollte angesichts ihrer eingeschränkten Operationsfähigkeit eine weitreichende Umgestaltung ihrer territorialen Reserve in Erwägung ziehen. Die Streitkräftebasis und der Zentrale Sanitätsdienst sind Produkte der politischen Realität der 1990er und haben als solche ihre Funktion im Rahmen von Auslandseinsätzen erfüllt. Durch den Paradigmenwechsel hin zur LV/BV sollten diese essentiellen Fähigkeiten zurück in die Teilstreitkräfte und die zugehörigen Dimensionen eingegliedert werden. Die Streitkräftebasis sollte im Zuge dessen in ein, auf Reservisten basierendes, Territorialheer umstrukturiert werden. Das inzwischen aufgestellte Territoriale Führungskommando kann hierfür eine Grundlage schaffen. Zunächst einmal handelt es sich bei diesem jedoch mehr um die Umbenennung des bis dahin bestehenden Kommando Territoriale Aufgaben als um eine wirkliche Neuaufstellung. Wirklich entscheidend für die territoriale Verteidigung können diese Reformen auf Kommandoebene erst werden, wenn sie Hand in Hand mit einem personellen und materiellen Aufwuchs der unterstellten Truppe und einer dem Auftrag entsprechenden Ausbildung einhergehen.

Das Gebiet der Bundesrepublik ist im Rahmen der „Drehscheibe Deutschland“ von strategisch zentraler Bedeutung für die sichere Anlandung und Koordinierung von NATO-Truppen in Europa und damit priorisiertes Ziel feindlicher Angriffe auf operationsrelevante Infrastruktur. Die Absicherung des rückwärtigen Raumes durch eine gut ausgebildete Reserve ist hierbei unerlässlich, um eine Konzentration der Kampfverbände auf die Bündnisgrenzen zu ermöglichen. Eine Bindung regulärer Kräfte auf bundesdeutschem Gebiet wäre fatal und würde die schnellen Kapazitäten der NATO an der Front entscheidend schwächen. Zur spezifischen Aus- und Weiterbildung einer solchen Reserve, wäre die Gründung einer *Schule für rückwärtige Verteidigung* notwendig, welche die Reserve nach ihrer Grundausbildung für den technologisierten Kleinkrieg im rückwärtigen Raum sowie in infanteristischer Flug- und Panzerabwehr schult. Eine sinnvolle Verwendung des durchschnittlichen Reservisten im mechanisierten high-intensity Gefecht des 21. Jh. ist nicht realistisch und würde eine zwei- bis dreijährige Ausbildung voraussetzen wie es z.B. in Israel der Fall ist. Erste Berichte aus der

Ukraine, welche die Leistungen des Territorialheers an der Front als ungenügend bewerten, bestätigen dies.¹ Dasselbe Fallbeispiel zeigt jedoch auch, dass ein defensiv agierendes Territorialheer mit geringen Mitteln, relativ kurzer Ausbildungszeit und begrenztem Zugang zu schwerem Gerät durchaus in der Lage ist, professionellen Streitkräften – zumindest für einen gewissen Zeitraum – Widerstand zu leisten sowie Sicherungs- und Schutzaufgaben zu übernehmen. Die bereits existierenden, jedoch aktuell stark unterbesetzten und noch schlechter als die reguläre Truppe ausgestatteten Heimatschutzkompanien der Bundeswehr eignen sich durch ihre heimatnahe und lokal begrenzte Verwendung optimal um die für den Kleinkrieg nötigen Gelände- und Ortskenntnisse einzubringen und flexibel agieren zu können. Eine heimatnahe Verwendung stärkt zudem den Zusammenhalt und die Moral in der Truppe und ermöglicht im Verteidigungsfall eine dezentralisierte Mobilisierung und eine schnelle Zuweisung von verteidigungsrelevanten Aufträgen.

Gesamtstaatliche Verteidigung bedeutet jedoch nicht nur die Stärkung der militärischen Schlagkraft, sondern vor allem auch die Förderung der gesellschaftlichen Resilienz durch die Sensibilisierung der Bevölkerung, die solche Schritte mittragen müsste. Ein einsatzbereites, auf einer aktiven, eingeübten Reserve basierendes Territorialheer müsste daher mit der Einführung einer gewissen Form von Gesellschaftsjahr verbunden werden, um die personellen Kapazitäten für die Absicherung des rückwärtigen Raumes in der Tiefe sicherstellen zu können. Ob die deutsche Politik und Bevölkerung bereit für solche Schritte wären, bleibt selbst vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine zweifelhaft. Der Pazifismus ist tief in der deutschen „postheroischen“ politischen Kultur verankert und so setzt man in Teilen der Politik mit bisweilen kindlich anmutender Naivität darauf, dass der Bündnisfall schon nicht eintreten werde. Man ist ja schließlich von Freunden umzingelt. Doch Frieden und Freiheit sind nicht selbstverständlich, sondern müssen immer wieder aufs Neue verteidigt werden. Zurzeit übernehmen die ukrainischen Streitkräfte diese Aufgabe für uns. Die Fragen, die sich die deutsche Politik und Gesellschaft stellen müssen, lauten: Möchte man, dass die angekündigte Zeitenwende wirklich nachhaltig ist? Und möchte die deutsche Bevölkerung zur Landes- und Bündnisverteidigung befähigte Streitkräfte, die in letzter Instanz auch wirklich kämpfen können? Orientiert man sich hierbei am Muster der deutschen Politik der letzten Jahre, so scheint es nicht unwahrscheinlich, dass es für ein wirkliches Umdenken erst ein zweites Jena und Auerstedt benötigt – wenn auch nicht zwangsläufig ein militärisches.

¹ [Inside a Ukrainian Military Unit Evading Russian Artillery Fire - Rolling Stone](#)